



# FACT SHEET IRAK

21. Juni 2018 – 05. September 2018 Nr. 70

Nach der Aufhebung des Wahlergebnisses urteilte der Oberste Bundesgerichtshof (FSC), dass die Verlängerung der Legislaturperiode bis zum Ende des manuellen Wiederauszählungsprozesses, der gemäß der High Independent Election Commission (IHEC) am 3. Juli beginnt, verfassungswidrig sei. Während dieser schweren politischen Krise warnte das Ministerium für Wasserangelegenheiten vor der steigenden Versalzung des Shatt al-Arabs, der Hauptwasserquelle für Basra. Diese Ereignisse lösten in Basra Proteste wegen der schlechten lokalen Infrastruktur, Wasserknappheit und hoher Arbeitslosigkeit aus. Diese Proteste intensivierten sich durch die Entscheidung der iranischen Regierung, die Stromexporte wegen unbezahlter Forderungen einzustellen. Aufgrund dessen reiste Premierminister Hayder al-Abadi sofort nach Basra um sich mit den Demonstranten zu treffen und realistische Lösungen zu erarbeiten. Den Protesten folgend, gaben die Türkei und Kuwait Reisewarnungen heraus

und ergriffen Sicherheitsmaßnahmen um sich gegen die verschlechterte Situation zu wappnen. Als Folge auf die iranische Entscheidung reiste eine irakische Delegation nach Saudi Arabien um die Elektrizitätskrise zu besprechen. Auch die Türkei und Kuwait boten ihre Hilfe durch die Bereitstellung mobiler Generatoren, den Verkauf von Elektrizität und bei der Verbesserung der lokalen Infrastruktur an.

Nach der Bekanntmachung der finalen Wahlergebnisse durch die IHEC wurden sie sofort durch den FSC bestätigt. Daraufhin berief Präsident Fu'ad Masum unverzüglich das Parlament ein. Kurz vor dem Aufruf gaben Muqtada al-Sadr, Hayder al-Abadi und Ammar al-Hakim bekannt, dass sie den größten Block im Parlament gebildet hätten. Der Erklärung folgte die Bekanntgabe von Nuri al-Maliki und Hadi al-Ameri, dass sie wiederum den größten Block gebildet hätten.

## Allianz Sadr/Abadi



## Allianz Ameri/Maliki



## GRAFIKBESCHREIBUNG

Nach Beendigung des manuellen Wiederauszählungsprozesses zeigten die Wahlergebnisse eine Veränderung von bloß sechs Sitzen. Zeitgleich fanden Gespräche für die Bildung des größten Blocks im Parlament statt und endete in zwei Blöcken. Der erste Block, der von Muqtada al-Sadr und Premierminister Abadi geleitet wird, wird als pro-westlich eingeschätzt, wogegen der zweite Block von Hadi al-Ameri und Nuri al-Maliki als pro-iranisch angesehen wird. Beide beanspruchen die Zugehörigkeit von zwei sunnitischen Allianzen, al-Anbar Hawaytna und Salah al-Din Hawaytna.

## AUSBLICK

Durch die Proteste wurde das Scheitern der örtlichen Administration sichtbar und zwang PM Abadi sich mit diesem zweiten Problem neben dem manuellen Wiederauszählungsprozess zu befassen. Die Entscheidung Teherans zeigte den Einfluss von ausländischen Regierungen auf den Irak. Durch die Entscheidung Abadis sich Hilfe aus den Golfmonarchien und der Türkei zu holen, könnte sich die Gesellschaft weiter spalten, denn Abadi muss die gegensätzlichen Interessen des Irans und des Golfes, die sich auf die irakische Innenpolitik auswirken, ausbalancieren. Das könnte aber dem fragilen Regierungsprozess schaden. Dieser Einfluss wurde nach der Bestätigung der Wahlergebnisse durch die Formation der zwei politischen Blöcke sichtbar. Die beiden miteinander konkurrierenden Blöcke, einer ist pro-iranisch und der andere pro-westlich, sind Faktoren dafür, dass sich die innenpolitische Situation verschlechtert. Dies geschieht insofern als man sich gegenseitig die Nähe zum Iran einerseits und dem Westen andererseits vorwirft.

*Das periodisch erscheinende Fact Sheet bietet eine Analyse der wesentlichsten Entwicklungen im Irakkonflikt und enthält zudem Kartenmaterial sowie einen Ausblick auf mögliche künftige Ereignisse.*

AUFBEREITUNG: IFK MENA-Team (Simon SCHWENOHA, Maya HADAR, Jasmina RUPP)

QUELLEN: MEDIENANALYSE; LAYOUT: REF III/Medien, IMG



## INTERNATIONALES KONFLIKT- UND KRISENMANAGEMENT

27.06.: Papst Franziskus kreierte Patriarch Mar Louis I Sako, Oberhaupt der Chaldäisch Katholischen Kirche, als Kardinal.

27.6.: Ägypten betonte, dass es sich weiter am Wiederaufbau und an der Stabilisierung des Irak beteiligen wird.

01.07.: Die nationale irakische Ölgesellschaft kündigte an, dass sie mit Zustimmung der OPEC eine schwimmende Ölspeicherplattform bauen wird um ihre Kapazität auf sechs Millionen Barrel zu erhöhen.

10.07.: Der UN Sondergesandte für den Irak Jan Kubis erklärte, dass der manuelle Wiederauszählungsprozess transparent und professionell durchgeführt werde.

14.07.: Kuwait und die Türkei sprachen eine Reisewarnung aus und gaben bekannt, dass sie Sicherheitsmaßnahmen wegen der Prozesse in Basra ergreifen werden.

16.07./17.07.: Der irakische Elektrizitätsminister kündigte an, dass Teheran keine Elektrizität mehr in den Irak exportieren wird. Daraufhin reiste der irakische Minister für Planung nach Jeddah um die Energiekrise mit einer saudischen Delegation zu besprechen.

23.07.: Kuwait bot dem Irak mit der Sendung von mobilen Generatoren Hilfe an um seine Energiekrise zu lösen.

14.08.: Die Türkei und der Irak einigten sich auf ein Abkommen um einen neuen Grenzübergang nahe dem Grenzübergang Fish-Khabour zu eröffnen. Jordanien unterzeichnete mit dem Irak ein Sicherheitsabkommen um die Straße zwischen Amman und Bagdad und um die Grenze zu öffnen.

16.08./21.08.: Durch das Wiederinkrafttreten der Iransanktionen ist Premierminister Abadi bemüht das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und dem Iran auszubalancieren. Dank einer intensiven wirtschaftlichen Kooperation reiste eine irakische Delegation nach Washington um Ausnahmen von den Sanktionen zu verhandeln.

20.08.: Die Türkei und der Irak unterzeichneten ein Energieabkommen, in dem festgehalten wurde, dass die Türkei dem Irak Elektrizität liefern werde und bei der Entwicklung der lokalen Infrastruktur Unterstützung leisten wird.

## MILITÄRISCHE ENTWICKLUNGEN

27.06.: Muqtada al-Sadr gab bekannt, dass er alle Operationen seiner Miliz Saraya al-Salam in Basra einstellen lassen wird, nachdem es Zwischenfälle mit den örtlichen Kräften gegeben hatte.

02.07.: Die Sicherheitssituation an der irakisch-syrischen Grenze entspannt sich wegen der Militäroperationen gegen die konzentrierten IS-Zellen in der Region.

02.0.7./04.07.: Die Bundespolizei verlegte einige ihrer Truppen in die Provinz Kirkuk um die Sicherheit zu gewährleisten, da sich IS-Kämpfer im Süden formierten. Die irakischen Sicherheitskräfte (ISF), die PMUs und die Peshmerga starteten eine gemeinsame Offensive in der Region.

10.07.: Gemäß einer Aussage von Premier Abadi habe sich die Sicherheitssituation in Mosul seit dem erklärten Sieg über den IS im Dezember 2017 massiv verbessert.

13.07.: Laut den Aussagen von PMU-Patrouillen bleibt die Sicherheitssituation in der Region westlich von Baiji wegen der IS-Zellen angespannt.

19.08.: Die irakische Zentralregierung und die kurdische Regionalregierung einigten sich mittels eines Abkommens darauf gemeinsame Checkpoints an der Straße von Erbil nach Kirkuk einzurichten um die Straße öffnen zu können.

19.08.: Die Internationale Koalition unter der Leitung der USA gab bekannt, dass US-Truppen weiter im Irak stationiert bleiben werden solange IS Kämpfer im Land sind.

## INNENPOLITISCHE DYNAMIK

27.06./30.06.: Der Oberste Bundesgerichtshof (FSC) urteilte gegen die Verlängerung der Legislaturperiode und hinterlässt das Land ab 30. Juni ohne funktionierende Regierung. Zeitnah gab die High Independent Election Commission (IHEC) bekannt, dass sie den manuellen Wiederauszählungsprozess am 3. Juli beginnen werde.

01.07.: Salim Jubouri, der derzeitige Sprecher des Parlaments, kündigte an, dass er die sunnitischen Parteivorsitzenden treffen wird um einen sunnitischen Block für das Parlament zu bilden.

03.07./04.07.: Die IHEC startete den manuellen Wiederauszählungsprozess in Kirkuk, der Provinz in der die meisten Beschwerden vorlagen. Am folgenden Tag gab ein Sprecher massive Unterschiede in den Ergebnissen bekannt.

04.07./08.07.: Das Ministerium für Wasserangelegenheiten warnte vor der weiteren Versalzung des Shatt al-Arab. Die Verschlechterung löste einige Tage später Proteste in Basra aus.

11.07./13.07.: Die Proteste in Basra, die auf die hohe Arbeitslosigkeit, mangelnde Grundversorgung und lokale Infrastruktur zurückzuführen sind, dauerten weiter an und griffen auf andere süd-irakische Städte über. Nach seiner Reise nach Brüssel kehrte Premier Abadi unverzüglich in den Irak zurück und versuchte mit den Demonstranten realistische Lösungen auszuverhandeln.

11.07.: Abadi drängte die IHEC die Wiederauszählung zu beschleunigen. Die IHEC veröffentlichte daraufhin eine Stellungnahme, dass keine weiteren Missstände entdeckt wurden.

18.07./19.07.: Abadi und Hadi al-Ameri, Vorsitzender der Fatah-Allianz, versuchten sich jeweils mit der wichtigsten kurdischen Allianz, die aus der Kurdischen Demokratischen Partei (KDP) und der Patriotic Union of Kurdistan (PUK) besteht, zu verbünden. Der schiitische Geistliche Muqtada al-Sadr verurteilte die Verhandlungen.

25.07./26.07.: Die irakische Regierung kündigte an, dass sie ihre Beamten für die Proteste in Basra zur Verantwortung ziehen wird. Trotz dessen forderten die Demonstranten eine Umverteilung von 45 Mio. USD und beanspruchten Autonomie.

16.08./19.08.: Die IHEC erklärte, dass sie die finalen Wahlergebnisse zur Überprüfung an den FSC übermittelt habe. Der FSC bestätigte die Wahlergebnisse drei Tage später.

20.08.: Muqtada al-Sadr, Führer der Sa'iruna-Liste, Hayder al-Abadi, Vorsitzender der Nasr-Liste, und Ammar al-Hakim, Vorsitzender der al-Hikma-Bewegung, gaben bekannt eine gemeinsame Allianz gebildet zu haben.

21.08.: Präsident Fu'ad Masum erklärte, dass er sich an die verfassungsrechtlichen Fristen zur Einberufung des Parlaments halten werde.

31.08.: Faleh al-Fayyad, Mitglied des nationalen Sicherheitsrates, wurde von Premier Abadi aus allen Ämtern entlassen und als möglicher Kandidat für das Amt des Premierministers nominiert.



[www.facebook.com/lvak.ifk](http://www.facebook.com/lvak.ifk)



Videoblog „Feichtinger kompakt“  
<http://bit.ly/2mv0hgD>